

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 536.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 201.

Verlagshaus für Halle a. S. Breite 2,30 M., durch die Post bezogen 8 M. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Sonntag. — Gr. 18. — Halle'sche Druckerei (Halle'sche Anstalt), J. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Halle, Mittelstraße.

Zweite Ausgabe

Verlagshaus für Halle a. S. Breite 2,30 M., durch die Post bezogen 8 M. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Sonntag. — Gr. 18. — Halle'sche Druckerei (Halle'sche Anstalt), J. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Halle, Mittelstraße.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus. Telefon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. 6. Anzeigenpreis: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Freitag, 13. November 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfachstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Wünsche der preussischen Lokomotivführer.

Die Lokomotivführer gehören zu den mittleren Beamteten, was durch einen Erlass Kaiser Wilhelms I. ausdrücklich anerkannt worden und was durch die Vereinerung des Beamten-Ordens an die Mitglieder dieses Beamtenlandes auch jetzt noch alljährlich dokumentiert wird. Während die von Lokomotivführern gleichbedeutenden Beamten bereits im vorigen Jahre mit 300, 500 und 600 Mark ausgebeßert worden sind und in diesem Jahre nochmals mit 300 bis 400 Mark ausgebeßert werden, sollen die Lokomotivführer jetzt nur 200 Mark mehr erhalten, obwohl sie seit etwa 27 Jahren nur einmal eine Aufbesserung von 200 Mark erhalten haben. Der Unterschied zwischen ihnen und den anderen gleichbedeutenden Beamtenklassen beträgt dann ca. 900 Mark im Durchschnitt, mit welchen Betrag die Lokomotivführer schlechter gestellt sind. Von den 30 000 Lokomotivbeamten in Preußen werden etwa 100 bis 200 Lokomotivführer durch beträchtlich bezahlgelohnt, daß sie die durchgehenden D-Diäge führen. Nach der jetzigen Art der Bezahlung der Lokomotivführer entfallen auf diese wenigen Beamten Beträge von mehr als 1000 Mark monatlich für Lohngelder. Hierdurch ergibt sich für diese etwa 2 bis 3 Prozent betragenden Lokomotivführer ein wesentlich höherer Gehalt, aber der große Durchschnitt der Lokomotivbeamten bezieht sich auf minimale Beträge, daß an ein Auskommen bei den in den letzten 25 Jahren wesentlich gestiegenen Lebensmittelpreisen nicht zu denken ist. Von den 30 000 Lokomotivführern sind 29 500 nicht in der Lage, Lohngelder in beträchtlicher Umfang zu erhalten, weil sie keine D-Diäge führen, sondern weil sie in den überaus anstrengenden Rangierdienst und bei Güterzügen usw. beschäftigt werden. Dabei sind diese Beamten 10 bis 12 Stunden mindestens ununterbrochen im Dienst, und das gerade die Tätigsten zu der schwersten, aufreibendsten und gefährlichsten gehört, braucht nicht erst besonders hervorzuheben zu werden. Die Wünsche der preussischen Lokomotivführer gehen dahin, daß die hohen Lokomotivgehälter für den geringen Bruchteil der Lokomotivbeamten abgehehrt werden, denn diese wenigen, welche infolge dessen ein höheres Einkommen haben, werden stets als das Normalmaß hingestellt, nach welchem das Einkommen der Lokomotivbeamten zu berechnen sei. Nachdem diese Lokomotivgehälter abgehehrt sind und Lohngelder umgewandelt sind, durch welche Änderung jeder gleichmäßig betroffen würde, wünschden die Lokomotivbeamten in eine ihrer Bedeutung entsprechende höhere Gehaltsklasse eingereiht zu werden, als in der jetzigen Vorlage vorgezogen wurde. Besonders stehen die preussischen Lokomotivführer ihren sächsischen Kollegen gegenüber bedauerlich schlecht. Eine statistische Aufstellung beweist, daß der sächsische Lokomotivführer in 20 Jahren eine Mehrerhöhung von über zehntausend Mark hat. Das Gehalt in Sachsen steigt alle 2 Jahre, in Preußen alle 3 Jahre.

Kaiser und Kaiserin.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Berlin: „Die Tatsache, daß Herr Wilton am Mittwoch das Staatsministerium in einer Sitzung im Reichstag einbringen hat, scheint von besonderer Bedeutung zu sein. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß er mit dem preussischen Staatsminister über das Resultat der zwitwägigen Debatte und über seine am 10. er. abgegebenen Erklärungen beraten hat. Obgleich ein Bericht gefast worden ist, entzieht sich der Staatsminister, aber es liegt sehr nahe, zu vermuten, daß der Reichskanzler namentlich sich über das Ergebnis dieser Debatte und über die Vorzüge, die er gemacht hat, mit dem Kaiser in auseinanderzusetzen wünsche. Es verläutet, daß er sich mit dem Kaiser, der bekanntlich nicht in Berlin ist, zum Zwecke eines Vortrages treffen wird. Es sollen also aus dem, was sich in den beiden letzten Tagen abgehehrt hat, auch sofort Konsequenzen gezogen werden. Es ist ebenfalls begründet, daß der Reichskanzler das Bedürfnis hat, über das, was er im Reichstage gesprochen und verprochen hat, mit dem Kaiser zu verhandeln und zu hören, ob er mit den von ihm gemachten Erklärungen einverstanden ist.“

Deutschland und England.

Die in London erscheinende „Westminster Gazette“ bezeichnet die Reichstagsdebatte vom 10. November als einen Markstein im Deutschland'schen Politik. Ebenso wie in England die freundliche Absicht in den kaiserlichen Reden anerkannt wurde, so werde auch das einflussreiche Ausdruckszeichen einer bescheidenen Freundschaft gegen England durch den Reichskanzler und den Reichstag dem Volk kundgemacht. Es sei endlich zu hoffen, daß gute neue Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich durch die jüngsten Ereignisse im Widerstand gegen das Anwachsen verhängnisvollen Misstrauens zusammenfinden würden.

Eine neue „Entscheidung“.

Die niederländische Zeitung „Waderland“ veröffentlicht folgende „Entscheidung“: „Am Vorabend des Burenkriegs richtete die Königin Wilhelmine auf Veranlassung des damaligen holländischen Ministers des Innern unter dem Druck der öffent-

lichen Meinung in den Niederlanden, die der Regierung vortraf, zu wenig für die Buren zu tun, einen Brief an Kaiser Wilhelm und bat ihn, zu Gunsten der Buren zu intervenieren. Der Wunsch blieb unerfüllt. Den verfassungsmäßigen Briefwechsel, den die niederländische Königin bekommen hatte, legte der deutsche Kaiser, während des russisch-japanischen Krieges fort, indem er in einem persönlichen Schreiben an die Königin Wilhelmine drohte, Deutschland werde die niederländischen Gefangenensachen, falls die Niederlande nicht sofort Vereidigungsmassnahmen gegen England trafen. Darauf ließ der damalige Ministerpräsident Krupp ohne Vorlauf der Generalstaaten einige Soldatenbesichtigungen ausführen. Die letzte Reide des Kaisers Wilhelm nach Amsterdam, während der er der Königin Wilhelmine als besonderem Geschenk das Nordseeabkommen anbot, ist als eine Skandalgabe des Dankes für die Erfüllung seiner Wünsche zu betrachten.“

Sie wird von unseren Auswärtigen Amte wohl Berücksichtigung zu bedürfen sein.

Zur Lage auf dem Balkan.

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Graf Jorajack, flattete am 11. cr., wie von zulfühiger Seite gemeldet wird, dem serbischen Ministerpräsidenten Belimirovich einen Besuch ab, um die in der letzten Sitzung wegen des Zwischenfalles vom 6. November auszusprechen, an welchem Tage ein serbischer Dampfer von einer österreichischen Flottille in der Nähe von Semlin aufgehalten und zur Rückkehr nach Belgrad gezwungen worden war. Die serbische Gesandtschaft in Wien hatte wegen dieses Vorfalles beim dortigen Ministerium des Aeußern Beschwerde erhoben. Graf Jorajack führte zur Erklärung des Zwischenfalles an, daß die österreichische Flottille an jenem Tage Schießübungen vorgenommen habe. Zugleich teilte der Gesandte dem Ministerpräsidenten mit, daß die österreichisch-ungarische Regierung in Zukunft öffentliche Vorstellungen nicht mehr zulassen werde, die Beziehungen gegen den König, gegen den Kronprinzen oder gegen das königliche Haus von Serbien enthielten.

Die am 11. cr. unter der Führung des Bürgermeisters von Serajewo in Budapest eingetroffene, größtenteils aus Mohamedanern bestehende bosnische Deputation machte Donnerstag vormittag dem Ministerpräsidenten Dr. Bekerle ihre Aufwartung. Abends gab die Hauptstadt den bosnischen Gästen ein Bankett.

Deutsches Reich.

* Griechenland und der Dreizehn. Die in Wiener diplomatischen Kreisen verläutet, welche zwischen dem Besuchen des Königs Georg von Griechenland in Berlin, Wien und Rom ein politischer Zusammenhang, wenn auch die äußere Veranlassung zu diesen Besuchen mit Höflichkeitssachen motiviert erscheint. Es wird nämlich behauptet, daß in gewisser Sinne ein Anschlag Griechenlands an den Dreizehn erfolgen soll, der durch in bestimmten militärischen Vereinbarungen seiner Ausdruck finden würde.

* Der deutsche Kaiser und der König von Spanien. In Madrid tritt mit großer Bestimmtheit das Gerücht auf, daß Kaiser Wilhelm im Monat Februar n. J. in Vigo eine Zusammenkunft mit König Alfons haben werde.

* Prinz und Prinzessin August Wilhelm von Preußen sind von Rom nach Bam abgereist.

* Der Senatorenkongress des Reichstags trat am Donnerstag zu einer kurzen Sitzung zusammen. Es wurde beschlossen, am Montag und Dienstag nächster Woche die Sitzungen ausfallen zu lassen. Da am Mittwoch Budget ist, werden die Sitzungen am Donnerstag mit der ersten Beratung der Reichsfinanzreform wieder aufgenommen werden.

* Resolution zum Verbrechen der Verleumdung. Von den freirepublikativen Mitgliedern der Kommission für die Vorbereitung des Verbrechen der Verleumdung ist folgende Resolution beantragt worden:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, 1. baldigst die Zeitung der niederen Klerikalen vom Schulamt herauszugeben und 2. die geeigneten Veranlassungen zu treffen, daß die Stellen der alleinstehenden und der ersten Lehrer an zweifelhafte Stellen nur mit solchen Lehrern besetzt werden, welche sich im Schuldienst bereits praktisch bewährt haben, 3. die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung zu den Lehrern-Pflichtigen und Nicht-Pflichtigen, sowie die Fonds zu Weisungen für emmercierte Lehrer und Waisen von Lehrern entsprechend erhöht werden. Berlin, den 10. Nov. 1908. Freizeiger v. Belsitz und Reichard, Dr. Diederhoff, Graf Wolff.“

* Der Fall Schniger. Die Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlichen eine Zuschrift von Professor Schniger, welche sich mit der Hintermedung beschäftigt, bezugnehmend auf die päpstliche Verfügung Schniger bezogen hat, fortan nichts zu publizieren, keine Vorträge zu halten und sich überhaupt jeder öffentlichen Kundgebung, welcher Art auch immer, zu enthalten. Professor Schniger erklärt: Soweit sich das Verbot, Vorträgen oder Vorträge zu halten, auf theologische Dinge beziehe, sei er ihm von Anfang an zugewillig, da er sich alle theologischen und aller für Kandidaten der Theologie bestimmten pädagogischen Vorträgen enthalten habe. Aber das Verbot, nicht etwa nur theologische,

sondern überhaupt irgend welche Vorträge oder Borträge über irgend welche Disziplin abzugeben, oder irgend welche publizistische Tätigkeit auszuüben, bedeute einen solch öffentlichen Angriff in seine persönliche, akademischen und staatsbürgerlichen Rechte und Würden, daß er sich bei aller dem Oberhaupt der Kirche gebührenden Ehrerbietung außer Stande sehe, ihm zu entsprechen.

* Antike Wetterberichte vom Ocean. Wie die „Zit.“ von unterrichteter Seite erzählt, geht die Regierung mit der Wichtigkeit um, antike Wetterberichte von der ozeanischen Küste einzuholen, die für den Seeverkehr von großer Bedeutung sein könnten. Dem Direktor des Kaiserlichen meteorologischen Observatoriums in Genua, Wetterwarten an einem Teile des Atlantischen Ozeans an Bord des Dampfers „Kaiserin Auguste Victoria“ zu entsenden. Er empfing täglich 5 bis 6 Wetternachrichten, welche er von den Schiffen, die den kurz seines Dammses freuten, auf drahtlose Weise erhielt. Die Wettertage an der europäischen Küste wird der Reichstag, aufständigen Bericht über die Stationen drahtlos mitgeteilt, und zwar gelang dies bis zu einer Entfernung von 3000 Kilometern. Er war imstande, jeden Tag eine Wetterkarte auf diese Weise mit Erfolg zu entsenden. Durch diese Erfolge angezogen, hat die Regierung beschlossen, in nächster Decade die Wetterberichte, welche die Stationen für falls dieselben auch glücken sollten, so wird ein regelmäßiger Wetterbericht vom Atlantischen Ocean eingeführt werden. Für die Übermittlung der Wetterberichte — auch für die Berichte — ist die Hamburger Seewarte vorgesehen.

Deutscher Reichstag.

160. Sitzung vom 12. November, 1 Uhr.
Am Bundesrat: Kommissar.
Der Eintritt in die Tagesordnung erklärt.
Präsident Graf Stolberg: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich denen, welchen es noch nicht bekannt ist, die Mitteilung machen, daß eine schwere Grubenkatastrophe im westfälischen Bergrevier stattgefunden hat. (Die Abgeordneten erheben sich.) Das glückselig, in Ihrem Sinne schon jetzt sagen zu können, daß wir, bei der Wichtigkeit, aufständigen Bericht mit auf den haben, die durch die Katastrophe geschädigt sind. (Auffeuerter Beifall.)

Rechnungsachen.
Die erste Beratung der Rechnung der Kasse der Abrechnungskammer für das Rechnungsjahr 1906 wird ohne Erörterung erledigt.

Bei der ersten Beratung der Rechnung über den Haushalt der Kolonien für das Rechnungsjahr 1900 fragte
Abg. Erxberger (Str.), wann die noch zurückhängenden Rechnungen für die Jahre 1901—04 vorgelegt werden. Neben geht die vom Rechnungshof ausgeprochenen einzelnen Mängel durch und stellt sich im parlamentarischen Gut seinen Gehör veranlassen worden, die der Reichstag getrieben habe. In Charakter herrsche ein Mangel des persönlichen Regiments. Was soll mit den schuldigen Beamten geschehen?

Ministerdirektor Sontke: Im Verlauf von noch nicht 1 1/2 Jahren sind sieben Rechnungen unterrichtet. Die Rechnung über die Jahre 1901—04 liegen noch bei Reichstag und Budgeten und so kann hier der Rechnungshof noch nicht eingreifen. Ueber die Einzelheiten will ich in der Kommission genaue Auskunft erteilen.

Abg. Koste (Soz.) gibt zu, daß die Kolonialverwaltung neuerdings im Berechnungsstellen schmerzlich mangelhaft sei, die früheren Unzulänglichkeiten. Auch unter Gouverneur v. Liebert, dem jetzigen Abgeordneten, seien Auslagen gemacht, die der Reichstag abgelehnt habe. Seien das nicht standalose Feststellungen?

Präsident Graf Stolberg trägt diesen Ausdruck.
Abg. Koste (Soz.) gibt zu, daß die Rechnung des Gouverneurs v. Liebert sehr groß, daß ihm die Sympathien des Hauses zur Seite stehen. (Sehr richtig! rechts.) Bei Feldzügen kann doch unmöglich über alles Rechnung geführt werden. Der Kolonialstaatssekretär sollte mit dem Rechnungshof eine andere Rechnungslegung für die Kolonien vereinbaren.

Abg. Dr. Gürtel (natl.) bedauert, daß die Arbeit der Rechnungscommission im Reichstage nicht genügend gewürdigt wird und fordert gerade jetzt, da dem Hofe neue Stellen aufgesetzt werden müssen, scharfe Kontrolle darüber, daß alle Kosten gewissenhaft vermerkt werden.

Abg. Koste (natl.) erweist die gute Arbeit des Abg. Erxberger an, glaubt aber, er sei in seine Kritik zu weit gegangen. Einmal habe Gouverneur v. Liebert in besserer Lage gehandelt und dazu sei es unheimlich, bei Rechnungsachen einen politischen Gegner etwas anhängen zu wollen. (Beifall.)

Abg. v. Liebert (Str.): Die Art, wie man meinen Namen mit der Rechnungsachen in Verbindung brachte, war unglücklich. (Sehr wahr!) Für die Rechnungsachen war nicht der Gouverneur verantwortlich, sondern die höheren Finanzbeamten, und feinerzeit war ebenfalls ein Beamter des Rechnungshofes in Ostafrika. (Hört! hört!) Im übrigen ist mir zweifelhaft, ob ich über meine frühere antike Tätigkeit ohne Verleumdung des Kolonialstaatssekretärs Auskunft geben kann.

Ministerdirektor Sontke bedauert, daß die Gründe für die Behauptung der vorübergehend in Berlin beschäftigten Kolonialbeamten seien dem Rechnungshof feilsichtig und veröffentlicht.

Abg. Koste (Soz.) schließt aus der Tatsache, daß die besprochenen Rechnungen aus das Jahr 1900 zurückgehen, daß die ganze Rechnungslegung geändert werden muß.

Die Vorlage geht an die Rechnungscommission.

Rechnungen.
Die vor acht Tagen begonnene Beratung der Petition über Arbeitsbesperren und Ueberhörschwächen im Bergwerkbetrieb wird fortgesetzt.

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung.
Abg. Behrens (verf. Frg.) bedauert die neue Statutropie im westfälischen Bergrevier und tritt dann eingehend für die Petition als für einen Notruf der Bergarbeiter ein.

